„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 23. März 1927. | 16 Seiten | Nummer 20.

Reziprozität mit den Ver. Staaten

Premier Mackenzie King warf die Frage wieder auf

Bis jetzt wenig Interesse dafür in Washington

Die letzten Parlamentsverhandlungen in Ottawa

Washington. — Die Ankündigung des canadischen Premier Mackenzie King, daß Canada bereit sei, mit den Vereinigten Staaten einen Reziprozitätsvertrag abzuschließen, der sich auf den Austausch von Küstenprodukten und Fischen beziehen sollte, fand in Washington starkes Interesse. Die Aeußerungen des canadischen Premier waren in seiner Erklärung über die Rechte der Seeprovinzen enthalten.

Der Reziprozitätsvertrag, welcher im Jahre 1911 vom amerikanischen Kongreß ratifiziert worden ist, steht noch im Gesetzbuch der Vereinigten Staaten, wurde aber von Canada in den nachfolgenden Wahlen verworfen.

In amerikanischen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Andeutung des canadischen Premier ein Fühler ist, der die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage auszufinden sucht. Es wird jedoch in Washington versichert, daß es Schwierigkeiten bereiten wird, wenn Canada mit den Vereinigten Staaten nur über einige Waren verhandelt und für sie Reziprozität erlangen will. Von Zeit zu Zeit ist während der letzten zwei Jahre die Frage in Washington aufgeworfen worden, ohne daß eine endgültige Entscheidung darüber getroffen wurde. Einige Kreise in Washington betonen, daß Präsident Coolidge die Zolltarife lediglich zu Zwecken der Reziprozität nicht ändern könne. Nur soweit die veränderlichen Tarifbestimmungen in Frage kommen, habe er die Vollmacht, das Tarifgesetz der Handelslage anzupassen.

* * *

Aus dem canadischen Unterhaus.

Ottawa. — Bei Abstimmung über die Budget-Resolutionen wurde eine Aenderung vorgenommen, nach welcher die Befreiung von der Einkommensteuer für Kinder bis zu 18 Jahren nun für Kinder bis zu 21 Jahren gilt.

Eine Debatte entspann sich über den Vorschlag von A. A. Heaps (Arbeiter, Nord-Winnipeg), die Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität zu untersuchen. Heaps wies darauf hin, daß in Großbritannien eine Königliche Kommission die Frage untersucht und sich für dauernde Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung eingesetzt habe. Der Tarifausschuß biete der Industrie in Canada eine Möglichkeit, einen verstärkten Schutz gegen die Auslandskonkurrenz zu fordern, dem Menschen werde jedoch nicht derselbe Schutz zuteil. — Der Liberale C. R. McIntosh von Nord-Battleford sprach sich für die Resolution aus, meinte aber, man möge sie der interprovinzialen Konferenz der Premierminister im nächsten Sommer unterbreiten. — Hon. Peter Heenan, der Arbeitsminister, war der Meinung, man habe darüber schon so viele Untersuchungen angestellt, daß sich von einer weiteren Untersuchung nicht viel erwarten lasse, er habe aber nichts dagegen, wenn die Frage einem Komitee zur Beratung übertragen werde. — Der Liberale E. J. Young von Weyburn erklärte, er wolle nicht, daß ein „Dole System" wie in England hier eingeführt werde.

Die Gesetzesvorlage zur Gewährung ländlicher Kredite, welche bereits in der letzten Session eingebracht worden ist, wurde diesmal vom Unterhaus angenommen. Nach dem Gesetz ist die Errichtung eines canadischen „Farm Loan Board" vorgesehen, welcher den Farmern langfristige Kredite gewähren soll. Ein von Henri Bourassa (Unabhängig, Labelle) eingebrachter Ergänzungsantrag, wonach auch Kolonisationsgesellschaften an den Vorteilen des Gesetzes teilnehmen sollen, wurde von Minister Robb befürwortet und angenommen.

Die Regierung erklärte durch den Mund von Premier Mackenzie King, daß sie die Empfehlungen des Duncan-Berichtes über die Besserung der Lage in den Seeprovinzen vollständig annehme. Bei dieser Gelegenheit nahm der Premier auch auf die Reziprozitätsfrage Bezug. (Siehe unter Washington!) Mackenzie King betonte, daß die Regierung von dem Wunsche beseelt sei, den Seeprovinzen im Geiste der Väter der Federation entgegenzukommen. Er empfahl die Herabsetzung der Frachtraten um 20 Prozent. Ferner sollen den Seeprovinzen höhere Zuschüsse zuteil werden. Kokereianlagen sollen errichtet werden. Hafenkommissionen für St. John und Halifax" sollen eingesetzt werden. Die Regierung würde ein engeres Zusammenarbeiten mit den Provinzregierungen in der Frage der Kolonisation der Seeprovinzen begrüßen.

Die Idee der „Rheingrenze" in Frankreich

Berlin, 19. März. — Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände erklärt in einer Zusammenstellung kürzlicher Aeußerungen französischer Parlamentarier und Militärs, daß die auf eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gerichtete Politik des französischen Außenministers Briand in vielen französischen Kreisen, namentlich auch innerhalb der Regierung auf starke Gegnerschaft stößt und daß insbesondere die „Notwendigkeit der Rheingrenze" dem französischen Volk immer noch unter dem Rufe nach „Sicherheit Frankreichs" vor Augen geführt und gegen Deutschlands Forderung nach rascher Räumung des besetzten Gebietes Stellung genommen wird.

Getränkeverkauf zur Nachtzeit in B. C.

Victoria, B. C., 19. März. — Berichte, daß von der Provinzregierung hier eine Nachtausschankstätte für berauschende Getränke eröffnet werde, um den Flüsterbuden Konkurrenz zu machen, wurden von Hugh Davidson, dem Getränkekommissär von Britisch Columbia, als verfrüht bezeichnet.

Unter dem bestehenden Gesetz dürfen berauschende Getränke, deren Ausschank ein Regierungsmonopol ist, nach 6 Uhr abends nicht verkauft werden. Flüsterkneipen machen nach dieser Stunde gute Geschäfte.

Verurteilung eines Gotteslästerers

Toronto, Ont., 19. März. — Ernest V. Sterry, ein Zeitungsherausgeber, der der Gotteslästerung schuldig befunden wurde, ist zu einer Gefängnisstrafe von 60 Tagen verurteilt worden.

Richter Coatsworth befürwortete bei Verkündung des Urteils, daß Sterry des Landes verwiesen werde, nachdem er seine Strafzeit verbüßt hat.

Sterry wurde der „pöbelhaften und gemeinen, verleumderischen Kritik an Gott, der Heiligen Schrift und der christlichen Religion" schuldig befunden. Sein Rechtsbeistand erklärte, daß er jedenfalls nicht gegen das Ausweisungsverfahren vorgehen werde. Sterry, der seit 16 Jahren in Canada ansässig ist, ist ein Engländer.

In seiner Verteidigung während der Verhandlung gab er an, daß seine Kritik nicht gegen die jetzige Auffassung des christlichen Gottes, sondern gegen die „mythologische" Auffassung des alten „jüdischen Gottes" gerichtet war.

Aaron Sapiro und Henry Ford vor Gericht

Autokönig auf 1 Million Dollars Geldbuße verklagt

Schwere Vorwürfe Fords gegen Sapiro und andere Juden

Die ersten Reden der beiden Anwälte.

Detroit, Mich. — Henry Fords Angriffe auf die Juden kommen zu einer gerichtlichen Verhandlung. Ford, ein Antisemit, und Aaron Sapiro, ein Jude, begannen vor Geschworenen die Verhandlung von Sapiros Verleumdungsklage von einer Million Dollar gegen den Autofabrikanten. Sollte Sapiro Erfolg haben, so wird Ford selbst als Zeuge erscheinen und eine Herausforderung beantworten, um die Wahrheit seiner Angriffe auf die Juden nachzuweisen.

Wenn Ford durchdringt, wird die jüdische Frage wegfallen und die Verhandlung zu einer Untersuchung des Plans eingeengt, durch welchen 100 kooperative Marktgenossenschaften für landwirtschaftliche Produkte organisiert wurden. Es ist dies der sogenannte „Sapiro"-Plan. Die Klage geht aus Aufsätzen in Fords „Dearborn Independent" hervor. Die Artikel behaupten, daß Sapiro seine Organisationen nicht im Interesse der Farmer bilde, sondern im Interesse von Finanzmännern, die Juden seien.

Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen fand eine einstündige Konferenz statt zwischen Richter Fred M. Raymond, Senator James A. Reed, dem Hauptanwalt Fords, und Anwalt Gallagher, Sapiros Sachwalter. Es scheint sich aber um ein Einvernehmen bezüglich gewisser Kürzungen des Beweismaterials gehandelt zu haben. Indeß dürfte der Prozeß, nach der Länge des Plaidoyers des Vertreters des Klägers zu urteilen, mindestens 60 Tage in Anspruch nehmen.

Anwalt Galagher gegliederte in seinem Eröffnungsplaidoyer die einzelnen Artikel, die in dem „Dearborn Independent" im Jahre 1924 erschienen waren und sich namentlich mit der Tätigkeit Sapiros bei der Organisierung von Farmer-Genossenschaften befaßt hatten. Hierbei lenkte Anwalt Gallagher die Aufmerksamkeit darauf, daß Sapiro ein Komitee zu Ford geschickt hatte, um diesen über seine Tätigkeit als Organisator unter der Farmerbevölkerung aufzuklären. Ford verwies das Komitee an F. D. Black, den Geschäftsführer des „Dearborn Independent". Eine Zeitlang hatten dann die gehässigen Artikel in dem „Independent" aufgehört, um dann wieder aufs neue einzusetzen.

In seinem Plaidoyer erklärte Anwalt Gallagher:

„Wenn eine weltweite Verschwörung von Juden bestand, so hat mein Klient Aaron Sapiro nichts darum gewußt. Er war ebensowenig ein Mitglied einer Gesellschaft, die Kommunismus oder Bolschewismus hierzulande verbreiten und den Kindern unseres Landes die Ideen des roten Rußlands einimpfen sollte. Sapiro hat sich nie mit der Organisierung von Farmerjungen- oder Farmer-Klubs von Mädchen befaßt, sondern einzig und allein mit der Gründung von Farmer-Vermarktungs-Genossenschaften. Die Artikel in dem „Independent" über das sogenannte Kahn-Baruch-Rosenwald-Sapiro-Programm, wonach die gesamte Landwirtschaft organisierten internationalen Interessen überantwortet werden sollte, waren, wie wir dartun werden, Hirngespinste. Wohl hat es seine Richtigkeit, daß Otto Kahn etliche Besteuerungen an Farmer-Organisationen machte, gerade wie Robert H. Bingham vom „Louisville Courier-Journal" und William Randolph Hearst. Auch Bernard Baruch machte etliche Darleben, aber keine Besteuerungen. F. D. Lasker stand an der Spitze der Reklameabteilung, und Julius Rosenwald hatte überhaupt nichts mit der Sache zu tun."

Anwalt Gallagher brachte dann etliche der anstößigen Artikel in dem „Independent" zur Verlesung und bemerkte hierzu:

„Mit jenen Artikeln wurde erklärt, daß Sapiro und die angebliche jüdische Verschwörung vorhatten, alle Farmerorganisationen zu vernichten, über die sie keine Kontrolle zu erlangen vermochten. Wir werden dartun, daß alle diese Behauptungen aus der Luft gegriffen waren. Nur ein Jude war mit Sapiro assoziiert, während 10,000 Nichtjuden mit ihm kooperierten. Von den Millionen von Dollars, welche die Sapiro-Farmer-Verbände als Darleben aufgenommen hatten, stammt kein einziger Dollar aus jüdischen Bankhäusern. Die Idee kooperativer Vermarktung ist nicht jüdischen Ursprungs. Die Geschäftsführer jener Verbände sind keine Juden und werden nicht von Sapiro ernannt."

Aaron Sapiro wurde darauf als Gründer von Kooperativ-Verbänden, als Anwalt und als ein Waisenkind der Vaziiffkiste von Senator James A. Reed, dem Verteidiger Fords, durch die Hechel gezogen. Anwalt Reed, der seine Eröffnungsansprache an die Geschworenen hielt, zog die Motive des Klägers in Zweifel und behauptete, Sapiro habe sich als der uneigennützige Freund der Farmer aufgespielt und diesen dann Hunderttausende von Dollars abgenommen. Sapiro sei darauf ausgewesen, sich die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten untertan zu machen und sich dann zum Weizenkönig der Welt ausrufen zu lassen.

Mit sarkastischer Betonung hob der Senator hervor, Sapiro habe sich für die Organisierung der Baumwollpflanzer von Alabama $142,000 bezahlen lassen und dann von dieser Organisation weitere $8000 gezogen, um sie in ihrem Bankerottverfahren zu vertreten.

Wm. Hy. Gallagher, Sapiros Anwalt, protestierte wiederholt gegen die Ausführungen Reeds und setzte es schließlich durch, daß Richter Fred M. Raymond die beiden Anwälte zu sich in sein Privatzimmer lud, wo eine längere Geheimsitzung stattfand, die fast einen ganzen Nachmittag ausfüllte.

„Wir werden zu beweisen suchen," erklärte Senator Reed, „daß alles, was über Herrn Sapiro gedruckt wurde, im wesentlichen die Wahrheit war. Es ist keine Verleumdung, wenn man einen Menschen, der ein Jude ist, einen Juden nennt. Der Fall würde genau so liegen, wenn Herr Sapiro einer andern Rasse angehörte. Ich glaube, der Richter wird Sie belehren, daß Herr Sapiro hier nicht aus der Sympathie, die Sie für das Volk seiner Rasse empfinden mögen, Kapital schlagen kann. Er verlangt eine Million Dollars von Ford und der Dearborn Publishing Co. und das ist es, worum hier prozessiert wird."

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Schanghai von den Nationalisten eingenommen

Die geschlagenen Truppen leisten keinen Widerstand

Die Vorbereitungen der Ausländer. — Britische Propaganda-Gerüchte.

Schanghai, 21. März. — Die chinesischen Nationalisten sind in das Eingeborenenviertel von Schanghai eingedrungen. General Pi Schu Chen, der Kommandant der nördlichen Streitkräfte in Schanghai, soll in der französischen Konzession Zuflucht gesucht haben. Die zur Verteidigung aufgebotenen Truppen sind vollständig geschlagen.

Ferner haben die Kantonesen Changchau eingenommen und so die Eisenbahnlinie Nanking-Schanghai vollständig durchschnitten, wodurch die Schantungesen in der Gegend von Schanghai vollständig isoliert worden sind.

Die letzten Vorstöße gegen Schanghai sind fast ohne Blutvergießen verlaufen. Als die Kantonesen in die Stadt einzogen, wurde ihnen kein Widerstand mehr geleistet.

Die ausländischen Truppen, welche in den Fremdenvierteln stationiert sind, haben alle Vorbereitungen getroffen, um im Notfalle eingreifen zu können, doch glaubt man nicht, daß größere Unruhen entstehen werden. Etwa 10,000 Mann stehen zum Schutze der Fremdenniederlassungen zur Verfügung, die meisten davon sind Briten. Außerdem liegen 21 ausländische Kriegsschiffe vor Schanghai.

Die englische Propaganda streut Nachrichten über angebliche Unstimmigkeiten und Zwistigkeiten im Lager der chinesischen Nationalisten aus. Es wird von englischer Seite behauptet, die Gegensätze zwischen den gemäßigten und den kommunistischen Elementen in der Kuomintang (der herrschenden Partei der Kantonesen) nähmen an Schärfe zu und griffen auch auf die militärischen Streitkräfte über.

Neuer Generalstreik angeordnet.

Schanghai, 18. März. — Die chinesische allgemeine Arbeiter-Union hat heute einen Generalstreik angeordnet, der morgen Mittag beginnen und bis zur Besetzung Schanghais durch die chinesische Südarmee dauern soll.

In dem Streikbefehl werden die Arbeiter aufgefordert, die Ordnung aufrechtzuerhalten und sich keinen Ausschreitungen des Pöbels anzuschließen. Der Bevölkerung wird gleichzeitig mitgeteilt, daß der Streik rein politischer Natur ist und daß damit beabsichtigt wird, die Sympathie der Arbeiterschaft für die Nationalisten in deren Kampf gegen den Norden zum Ausdruck bringen.

Nach Veröffentlichung des Streikbefehls wurden auf der von Schanghai nach Nanking führenden Bahnstrecke Truppenabteilungen der Schantunger Armee stationiert, um zu verhindern, daß die Streiker Schanghai verlassen.

Der Terrorismus der radikalen Agitatoren unter den Arbeitern ist noch immer in der Zunahme begriffen. Heute wurde wieder ein Arbeiter ermordet, ohne daß der Mörder ergriffen worden wäre.

Neuer Einwandererstrom

Minister Robert Forke plant Europareise

Viele deutsche Ansiedler kommen nach Westcanada.

Ottawa. — Die Einwanderung nach Canada hat mit Hochdruck eingesetzt. Aus fast allen europäischen Ländern kommen Ansiedler, welche sich hier eine neue Heimat gründen und durch Fleiß und Tüchtigkeit sich eine feste Existenz verschaffen wollen. Das deutschsprechende Element, das sich in Canada in den letzten Jahrzehnten glänzend bewährt hat, ist unter den Einwanderern besonders stark vertreten. Die Einwanderung aus Deutschland selbst hat durch den Umstand, daß das Deutsche Reich auf die Liste der bevorzugten Auswanderer-länder gesetzt worden ist, bereits in bemerkenswertem Maße zugenommen.

Hon. Robert Forke, der neue canadische Einwanderungsminister, plant nach Beendigung der Parlamentssession eine Europareise, welche hauptsächlich Informationszwecken dienen soll.

Das Einwanderungsministerium hat soeben das Abkommen mit der Canadian Pacific und mit der Canadian National-Eisenbahn erneuert. Somit dürfen die beiden Eisenbahngesellschaften wie bisher auf dem europäischen Kontinent geeignete Auswanderer auswählen, welche sich als Landarbeiter oder als Dienstboten eignen. Zugleich verpflichten sich die Eisenbahnen, für die Unterbringung der Einwanderer in entsprechenden Stellungen zu sorgen. Das Einwanderungsministerium erklärt sich bereit, die von den Eisenbahnen vorgelegten Zertifikate über die berufliche Eignung der Einwanderer anzuerkennen. Das Abkommen hat dreijährige Gültigkeit. Europa wird in drei Zonen eingeteilt, je nach der Erwünschtheit der Einwanderer. Als bevorzugte Länder gelten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien und die skandinavischen Länder. Leute, welche aus diesen Staaten kommen, benötigen keine besonderen Berufsausweise; dagegen werden Angehörige anderer Länder strengeren Bedingungen unterworfen. Man erwartet heuer eine Einwanderung von insgesamt 200,000.

Der Einwanderungsminister wird während seines Aufenthaltes in England mit der britischen Regierung über die Ausdehnung der subventionierten britischen Einwanderung verhandeln. Es handelt sich dabei namentlich um die Beschaffung der nötigen Siedlungsländereien zu ganz niedrigen Raten durch Vermittlung der Eisenbahngesellschaften und der Hudson Bay Company.

* * *

Einwanderungsbestimmungen für deutsche Staatsangehörige.

In der soeben beim „Courier" eingetroffenen neuesten Ausgabe des „Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen" in Berlin wird folgendes mitgeteilt:

Die Einreise nach Canada ist nur solchen Personen gestattet, von denen der canadische Einwanderungsinspektor in Hamburg die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sie in Canada eine sichere Beschäftigung haben oder die erforderlichen Mittel besitzen, um sich bis zur Erlangung einer Beschäftigung selbst unterhalten zu können.

Außerdem ist zur Erteilung des Visums erforderlich:

1. ein Paß, der nicht älter als ein Jahr sein darf;
2. ein polizeiliches Führungszeugnis;
3. ein Gesundheitszeugnis;
4. eine Fahrkarte bis zum Bestimmungsort in Canada.

Während bisher im allgemeinen nur Angehörigen landwirtschaftlicher Berufe und weiblichen Dienstboten die Einreise gestattet wurde, werden nunmehr alle Berufe unter den obengenannten Voraussetzungen zugelassen. Dies gilt jedoch nur für reichsdeutsche Einwanderer, die aus Deutschland nach Canada kommen. Für deutsche Reichsangehörige, die aus dem Auslande, z. B. aus Mexiko oder Südamerika, nach Canada einreisen wollen, gelten die allgemeinen Grundsätze, wonach nur landwirtschaftliche Berufsangehörige und weibliche Hausangestellte zur Einwanderung zugelassen werden.

Moskau zu einer Abrüstungskonferenz bereit

Moskau, 18. März. — Die Iswestia bespricht einen Bericht, daß Frankreich, Deutschland und Polen die Sowjetregierung auffordern wollen, sich an einer internationalen Abrüstungskonferenz nächsten Herbst zu beteiligen. Das Blatt sagt, Rußland sei im Prinzip gewillt. Wenn jedoch die einladenden Mächte in Wirklichkeit eine Mitwirkung der Sowjetregierung wünschen, so müsse die Zusammenkunft außerhalb der Schweiz stattfinden.

Angst vor den Bolschewiken

London, 19. März. — Der Exchange Telegraph-Korrespondent in Tokio berichtet, daß Meldungen aus der Mandschurei ernste Besorgnis über die Lage in Harbin andeuten, wo Sowjetumtriebe „zunehmend gefahrvoll" für die Sache des Marschall Chang Tso Lin, des mandschurischen Machthabers, sich gestalten.

Ein bewaffneter Einfall in die Mandschurei wird befürchtet, indessen scheinen die japanischen Behörden nicht besorgt zu sein.

Verrat britischer Flottengeheimnisse

Früherer Seeoffizier in England verhaftet

Geheimpläne des größten Unterseeboots im Besitze von Colin Mayers.

London, 19. März. — Großes Aufsehen erregt die Verhaftung des vormaligen Seeoffiziers, Kapitänleutnant Mayers. Die Admiralität beschuldigt ihn des rechtswidrigen Besitzes amtlicher Schriftstücke, darunter der Pläne des größten Tauchboots von England.

Dem Vernehmen nach war es die Befürchtung, daß die Geheimpläne der Konstruktion des größten britischen Tauchbootes weggegeben seien, welche die britische Admiralität veranlaßte, den Lieutenant-Commander Colin Mayers, einen in den Ruhestand getretenen britischen Marineoffizier, verhaften zu lassen, welcher im Bow Street-Polizeigericht unter der Beschuldigung vorgeführt wurde, daß er Pläne und Schriftstücke des Tauchbootbaus der britischen Marine in widerrechtlichem Besitz hätte. Der Polizeirichter hielt den Fall für so bedenklich, daß er Mayers, der sich im Weltkrieg in hervorragender Weise ausgezeichnet hat, ohne Zulassung von Bürgschaft einsperren ließ.

Obwohl im Vorverhör gegen Mayers kein Beweismaterial vorgelegt wurde, sickerte es durch, daß er Pläne der Tauchboote „O—1" und „X—1" entgegen seiner Pflicht einbehalten hätte, als er vor einigen Monaten auf sein eigenes Gesuch hin aus dem Offizierskorps der britischen Marine ausschied, um in die Tauchboot-Abteilung der bekannten britischen Kriegsschiffbau- und Geschützlieferanten-Firma Vickers Limited einzutreten.

Der „X—1" gilt für das größte Tauchboot der Welt. Er lief im Juni 1923 vom Stapel, und seine noch nicht völlig beendete Herstellung kostet eine Million Pfund Sterling. Er ist 350 Fuß lang und mit vier großen Geschützen in Panzertürmen bewehrt. Die Größe dieser Geschütze, die Anzahl der Torpedorohre und sonstige Details der Konstruktion dieses Riesentauchboots wurden von der Admiralität als striktes Amtsgeheimnis behandelt.

Mayers ist in Britisch-Guinea geboren und 36 Jahre alt. Neunzehn Jahre verbrachte er im Dienst der britischen Marine, die letzten fünf auf Tauchbooten, bevor er freiwillig sein Entlassungsgesuch einreichte.

Zwei tot aufgefunden

Detroit, Mich., 18. März. — Ein Hausmädchen fand gestern Nachmittag beim Betreten der Wohnräume des 35jährigen Charles A. Becker zwei Männer tot in den Betten. Die Beiden stammen aus St. Louis und wurden mit Kopfschüssen aufgefunden. Es handelte sich um den 32 Jahre alten James F. Elser und den 28jährigen Roy Snider. Wie die Polizei berichtete, kamen die Genannten beide kürzlich von St. Louis nach Detroit. Becker stammt gleichfalls aus St. Louis und wird von der Polizei gesucht.

Das kriegslustige Jugoslavien

Verschärfte Spannung zwischen Serben und Italienern.

Rom, 18. März. — Ausgedehnte militärische Vorbereitungen mit augenscheinlich gegen Italien gerichteten Absichten" werden, wie eine von der „Giornale d'Italia" veröffentlichte Nachricht besagt, in Jugoslawien getroffen.

Belgrad, Jugoslavien, 19. März. — Berichte über einen bevorstehenden Aufstand in Albanien gegen Präsident Zogul verursachen heute Unruhe. Gerüchte sind im Gang, daß Italien den Aufruhr als Vorwand zur Landung von Truppen in Albanien benützen will.

London, 19. März. — Die „Times" erwartet eine Revolution in Albanien und ein italienisches Eingreifen. Sie bespricht die verhängnisvollen Möglichkeiten der jetzigen Lage auf dem Balkan. Eine Zeitung in Rom brachte die auffallende Angabe, daß Jugoslavien seine Armee an der italienischen und an der albanischen Grenze mobil mache. Britische Beamte sind hinsichtlich dieser Geschichten ungläubig.

Washington, 19. März. — Meldungen über Kriegsrüstungen von Jugoslavien werden in einer Depesche von der serbischen Regierung an die hiesige Gesandtschaft in Abrede gestellt.

Deutsche Textilindustrielle in Amerika

New York, 21. März. — Eine Delegation von 75 Mitgliedern der deutschen Textilindustrie, unter ihnen Fabrikanten und Händler, trafen hier mit dem Dampfer „Hamburg" von der Hamburg-Amerika-Linie für einen ausgedehnten Besuch der Vereinigten Staaten ein.

Die Reise, die von der deutschen „Textilzeitung", die in Berlin erscheint, angeregt worden ist, gilt in erster Linie einem Studium der hiesigen Verhältnisse. Dabei werden zuerst die amerikanischen Systeme der Produktion, der Verteilung und des Absatzes der Waren und der Reklame für die Waren berücksichtigt werden. Alle Zweige der amerikanischen Textilindustrie und alle Methoden werden studiert.

Das vorläufig aufgestellte Programm der Reise sieht einen Besuch in den Städten New York, Philadelphia, Washington, Chicago, Detroit, Buffalo, Utica, Albany, Boston, Troy, Lawrence und Lowell, Mass., vor.